



Vereinte Nationen

**Bericht des Generalsekretärs über die
Tätigkeit der Vereinten Nationen**

Generalversammlung

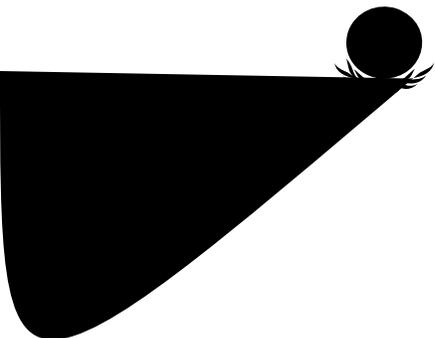
Offizielles Protokoll

Zweiundsechzigste Tagung

Beilage 1 (A/62/1)

Generalversammlung
Offizielles Protokoll
Zweiundsechzigste Tagung
Beilage 1 (A/62/1)

Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Vereinten Nationen



Anmerkung

Die Dokumentennummern (symbols) der Dokumente der Vereinten Nationen beste-

Inhalt

<i>Kapitel</i>	<i>Ziffer</i>	<i>Seite</i>
I. Einleitung.....	1-10	1
II. Entwicklung.....	11-41	4
Die Millenniums-Entwicklungsziele und die anderen international vereinbarten Entwicklungsziele	12-21	4
HIV/Aids	22-29	6
Die besonderen Bedürfnisse Afrikas.....	30-33	8
Klimawandel und nachhaltige Entwicklung	34-41	9
III. Frieden und Sicherheit	42-79	12
Konfliktprävention und Friedensschaffung.....	43-50	12
Friedenssicherung	51-62	14
Friedenskonsolidierung.....	63-67	17
Terrorismusbekämpfung	68-73	18
Abrüstung und Nichtverbreitung	74-79	20
IV. Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und humanitäre Angelegenheiten.....	80-112	22
Rechtsstaatlichkeit	81-86	22
Menschenrechte	87-93	23
Demokratie und gute Regierungsführung	94-100	25
Humanitäre Angelegenheiten.....	101-112	26
V. Stärkung der Vereinten Nationen	113-131	29
Der zwischenstaatliche Apparat	114-116	29
Das Sekr		

Kapitel I

Einleitung

1. Dieser Jahresbericht, mein erster, kommt zu einer Zeit, in der die Mitgliedstaaten und die Völker der Welt von den Vereinten Nationen verlangen, mehr zu tun als je zuvor in der Geschichte der Organisation – in mehr Tätigkeitsbereichen, an mehr Orten und unter schwierigeren Bedingungen. Die steigende Nachfrage nach unseren Diensten stellt zwar eine gewaltige Herausforderung dar, doch dürfen wir nicht vor ihr zurückschrecken. Wir sollten sie im Gegenteil begrüßen. Sie ist nicht nur ein Zeichen für die vielen drängenden Bedürfnisse der Gegenwart, sondern auch Ausdruck der wachsenden Erkenntnis, dass diese Bedürfnisse auf kollektive Weise am besten anzugehen sind, und zwar durch das einzige wahrhaft universale Instrument, über das die Welt verfügt – die Vereinten Nationen.

2. Um alle Herausforderungen, die sich uns stellen, wirksam bewältigen zu können, müssen wir jedoch die Kluft zwischen Erstrebtem und Erreichtem verringern. Wenn wir unsere Fähigkeit steigern wollen, beständig wirksame Resultate vorzuweisen, sind das uneingeschränkte Engagement unserer Mitgliedstaaten sowie die Reform und die Neuausrichtung der Organisation erforderlich.

wie vor entschlossen, die Millenniums-Entwicklungsziele und die anderen international vereinbarten Entwicklungsziele bis 2015 zu erreichen. Zu diesem Zweck habe ich diese Ziele zu einer zentralen Priorität meiner Amtszeit als Generalsekretär erklärt. Im Juni habe ich die Lenkungsgruppe für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele in Afrika

und zu HIV-Behandlung, -Betreuung und -Unterstützung herbeizuführen. Damit bekräftigte sie die von den Regierungen 2001 in der Verpflichtungserklärung zu HIV/Aids abgegebenen Zusagen und schloss sich dem auf dem Weltgipfel 2005 vereinbarten neuen Ziel der Verwirklichung des allgemeinen Zugangs zur Behandlung bis 2010 an. Die Gewährleistung dieses Zugangs ist eine entscheidende Voraussetzung für die Erreichung des Millenniums-Entwicklungsziels, die Ausbreitung von HIV/Aids unter Frauen, Männern und Kindern bis 2015 zum Stillstand zu bringen und allmählich umzukehren.

half 28 Ländern bei der Ausarbeitung und Durchführung handelspolitischer Maßnahmen zur Gewährleistung eines nachhaltigen Zugangs zu Aids-Medikamenten.

27. Die geschlechtsspezifischen Aspekte der Aids-Epidemie sind ebenfalls mit Vorrang anzugehen. Man schätzt, dass Frauen etwa die Hälfte der weltweit mit HIV lebenden Menschen ausmachen. Im Juni 2007 gab das UNAIDS eine Reihe geschlechtsspezifischer Analysen einzelstaatlicher Aids-Maßnahmen heraus, laut denen die Erkenntnis zugenommen hat, dass die Ungleichstellung der Geschlechter und schädliche Geschlechternormen zu den Haupttriebkraften der Aids-Epidemie gehören. Dennoch werden geschlechtsspezifische Fragen noch immer nur unzureichend angegangen. Die Bekämpfung der Stigmatisierung und Diskriminierung, die das Vorgehen gegen die Epidemie hemmen, ist ebenfalls von immenser Bedeutung.

28. In meiner Rede zum Thema Aids, die ich im Mai vor der Generalversammlung hielt, versprach ich, Aids auch weiterhin für das gesamte System der Vereinten Nationen zur Priorität zu erklären und alles zu tun, um Finanzmittel zur Bekämpfung von Aids zu mobilisieren. Um mit gutem Beispiel voranzugehen, treffe ich derzeit auch Maßnahmen, die sicherstellen sollen, dass die Vereinten Nationen in Bezug auf Aids zu einem vorbildlichen Arbeitsgeber werden.

29. Nach der bisher 25-jährigen Dauer der Epidemie ist es nun klarer denn je, dass wir von einer Notphase in die Phase nachhaltiger und langfristiger Gegenmaßnahmen übergehen müssen.

Die besonderen Bedürfnisse Afrikas

30. In der Millenniums-Erklärung richteten die Mitgliedstaaten besondere Aufmerksamkeit auf Afrika und verpflichteten sich, die Festigung der Demokratie auf dem Kontinent zu unterstützen und den Afrikanern in ihrem Bemühen um einen dauerhaften Frieden, die Beseitigung der Armut und eine nachhaltige Entwicklung zu helfen. Im Hinblick auf die Gesamtentwicklung Afrikas gibt es ermutigende Fortschritte zu vermelden. Afrikanische Staaten haben weitere Reformen durchgeführt, damit immer mehr Menschen auf der Grundlage offener Wahlverfahren am politischen System partizipieren können. Mehr afrikanische Länder beteiligen sich am Afrikanischen Mechanismus der gegenseitigen Evaluierung, dessen Hauptzweck die Leistungsverbesserung auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet ist. In vielen afrikanischen Ländern sind Verbesserungen in der Regierungsführung mit einem dauerhaften Wirtschaftswachstum und einem besseren volkswirtschaftlichen Management einhergegangen.

31. Ungeachtet dieser positiven Entwicklungen sind die besonderen Bedürfnisse Afrikas in ihrem Umfang nach wie vor überwältigend. Im Hinblick auf die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele liegt Afrika gegenüber den übrigen Entwicklungsländern weiter im Rückstand. Extreme Armut, mangelnde Gesundheits- und Sanitärversorgung, Umweltzerstörung und zivile Konflikte überschatten nach wie vor das Leben von Millionen von Afrikanern. Gleichzeitig sind Krankheiten wie Malaria, Tuberkulose und HIV/Aids jedes Jahr für den Tod von nahezu 4 Millionen Afrikanern verantwortlich und hemmen die Entwicklung vieler Länder. Wir müssen unsere globale Partnerschaft stärken, um die Millen-

wirklichung der Ziele mobilisieren wird. In vier afrikanischen Ländern – Kap Verde, Mosambik, Ruanda und Vereinigte Republik Tansania – wird derzeit ein innovatives Pilotprojekt der Vereinten Nationen für eine kohärentere Programmdurchführung auf Landesebene umgesetzt.

32. Zu den wichtigsten Aufgaben der Vereinten Nationen gehört die Unterstützung afrikanischer Institutionen und Kapazitäten auf dem Gebiet der Konfliktprävention, der Friedenssicherung und der Friedenskonsolidierung. Die Afrikanische Union und die Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas setzen die Stärkung umfassender politischer und

schaftlicher Sicht gibt es keinen Zweifel – der Klimawandel findet statt, und es ist so gut wie sicher, dass der Mensch dafür verantwortlich ist.

36. Die Einschätzung der Sachverständigengruppe zu den wahrscheinlichen Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung und die Volkswirtschaften – von der Gletscherschmelze und dem künftigen Versiegen von Flüssen bis zu extremeren Wetterereignissen wie Überschwemmungen und Dürren – hat dazu beigetragen, die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf die Reduzierung der Treibhausgasemissionen und die entsprechenden Maßnahmen zu lenken. Der Bericht schloss mit einer optimistischen Note: Die Bekämpfung des Klimawandels kostet möglicherweise nicht mehr als 0,1 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts pro Jahr für die nächsten 30 Jahre. Die Gruppe vertrat außerdem den Standpunkt, dass die in einigen Sektoren infolge höherer Energieeffizienz erzielten Einsparungen wahrscheinlich positive Nettoeffekte auf die Volkswirtschaften haben werden.

37. 2007 intensivierte das System der Vereinten Nationen die Anstrengungen zur Bekämpfung des Klimawandels an vielen Fronten. Die im November 2006 in Nairobi abgehaltene Konferenz der Vereinten Nationen über den Klimawandel rückte die Anfälligkeit der Entwicklungsländer, insbesondere der Länder Afrikas und der kleinen Inselländer, in den Vordergrund. Zu den zahlreichen positiven Ergebnissen der Konferenz gehörten der Rahmenplan von Nairobi und die Einleitung einer gemeinsamen Initiative mehrerer Ein-

to „Melting Ice – A Hot Topic?“ (Schmelzendes Eis – ein heißes Thema?) einen von der Fachwelt rezensierten Bericht mit dem Titel *Global Outlook for Ice and Snow* (Globale Aussichten für Eis und Schnee) vor. Die Vereinten Nationen beteiligen sich auch an dem Internationalen Polarjahr, das noch bis 2008 läuft. Im Rahmen dieses Jahres wollen Wissenschaftler einigen der Fragen auf den Grund gehen, die Anlass zur Besorgnis geben, darunter den möglichen Auswirkungen eines Abschmelzens der Eisdecke Grönlands auf den

Kapitel III

Frieden und Sicherheit

42. Das Streben nach einer friedlicheren und sichereren Welt ist eine der wichtigsten Säulen der Tätigkeit der Vereinten Nationen. Im vergangenen Jahr hat die Nachfrage nach dem Engagement der Organisation auf dem Gebiet der Konfliktprävention und der Konfliktbewältigung, der Friedenssicherung und der Friedenskonsolidierung stark zugenom-

d

.

b

6

Myanmar wurde erneut aufgenommen, und im Anschluss an den Staatsstreich in Fidschi im Dezember 2006 wurde eine interinstitutionelle Ermittlungsmission dorthin entsandt.

46. Auch in Afrika traten die Vereinten Nationen vielerorts mit vorbeugender Diplomatie, Guten Diensten und der Unterstützung der Vermittlungsbemühungen von Partnern in Erscheinung. Anfang Januar 2007 setzte ich meine Guten Dienste als Generalsekretär erstmals ein, um eine Lösung für die Krise in Darfur zu fördern. Zu diesem Zweck nahm ich an den Gipfeltreffen der Afrikanischen Union im Januar in Addis Abeba und der Liga der arabischen Staaten im März in Riad sowie an einem Treffen auf hoher Ebene im Juni in Paris teil. Auf den beiden Gipfeltreffen wurden offene, doch konstruktive Konsultationen mit der Regierung Sudans geführt. Alle drei Treffen trugen dazu bei, einen internationalen Konsens und die entsprechende Dynamik zu Gunsten eines gestärkten politischen Prozesses zu schaffen sowie eine Einigung über das Modul für schwere Unterstützung für die Mission der Afrikanischen Union in Sudan und die Einrichtung eines hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur zu erzielen, den der Sicherheitsrat letztendlich am 31. Juli genehmigte.

47. Ebenfalls in Afrika wurden im Juni 2007 von den Vereinten Nationen moderierte Gespräche zwischen den Parteien in der Westsaharafrage eingeleitet – die ersten direkten Gespräche seit sechs Jahren. In enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten trug mein Sonderbeauftragter für Westafrika zur Stabilisierung der Lage in Guinea nach den inneren Unruhen Anfang 2007 bei. In dem Bemühen, ein Übergreifen der Krise in Darfur auf Tschad und die Zentralafrikanische Republik zu verhindern und einen alle Seiten einschließenden politischen Dialog in der Zentralafrikanischen Republik zu fördern, stattete

Friedenssicherung

51. Im vergangenen Jahr nahmen die friedenssichernden Tätigkeiten nicht nur an Umfang, sondern auch an Komplexität stark zu. Anfang 2006 unterstützte die Friedenssicherung der Vereinten Nationen 18 Friedensmissionen und 13 weitere Feldmissionen und Feldbüros, bei denen sich insgesamt etwa 85.000 Personen im Einsatz befanden. Im August 2007 war diese Zahl bereits auf über 100.000 Personen angestiegen, wobei der hochkomplexe hybride Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur noch gar nicht berücksichtigt ist. Der Jahresabschluss am 31.12.2007 zeigt eine Zunahme der Friedenssicherungstätigkeiten auf 123.126 Personen, wobei die Zahl der Friedensmissionen auf 23 und die Zahl der Feldmissionen auf 15 anstieg.

kräfte der Vereinten Nationen aus Europa stammten. Mit den mehr als 7.000 europäischen Soldaten, die für die UNIFIL zugesagt wurden, hat sich die Gesamtzahl der bei allen Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen eingesetzten Truppen aus europäischen Ländern und Mitgliedstaaten der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) mehr als verdoppelt.

55. Das Mandat der Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen umfasst außerdem die Unterstützung des Wiederaufbaus und der Stärkung grundlegender Dienstleistungen, die Neubelebung und Unterstützung ins Stocken geratener Friedensprozesse sowie Hilfe bei der Bekämpfung der tieferen Ursachen von Konflikten. Diese mehrdimensionalen Mandate werden in einem oft prekären, unsicheren Umfeld wahrgenommen, in dem Splittergruppen und bewaffnete Gruppen, die außerhalb des offiziellen Friedensprozesses stehen, möglicherweise den Friedenssicherungskräften Widerstand entgegensetzen. Derartige Zwischenfälle ereigneten sich bei vielen unserer laufenden Friedenssicherungseinsätze, beispielsweise in der Demokratischen Republik Kongo, Libanon und Sudan. 2006 und 2007 gaben insgesamt 85 Friedenssicherungskräfte der Vereinten Nationen im Feld ihr Leben für die Sache des Friedens.

56. Die Aufrechterhaltung der Sicherheit während der Übergangsphase nach Konflikten und das Vorgehen gegen Bedrohungen der öffentlichen Ordnung waren im vergangenen Jahr ebenfalls wesentliche Tätigkeitsfelder der Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen. In Timor-Leste bestand eine unmittelbare Aufgabe der Integrierten Mission der Vereinten Nationen in Timor-Leste während der Anfangsmonate darin, die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit durch die übergangsweise Wahrnehmung der Rechtsdurchsetzung durch internationale Polizei zu gewährleisten und gleichzeitig einen Auswahlprozess für die nationale Polizei durchzuführen. In Haiti wurde in Abstimmung mit der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti (MINUSTAH) ein Reformplan für die Haitianische Nationalpolizei aufgestellt, der anschließend von der Regierung Haitis verabschiedet wurde. Von der MINUSTAH und der Haitianischen Nationalpolizei gemeinsam durchgeführte Sicherheitseinsätze trugen zur Verbesserung des Sicherheitsumfelds in Port-au-Prince bei. Die Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo verliefen zwar weitgehend ruhig, doch kam es am 20. August 2006 in Kinshasa kurz vor der Ankündigung der vorläufigen Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen zum Ausbruch von Gewalt. Diese eskalierte über zwei Tage hinweg in Zusammenstößen zwischen den Sicherheitskräften der beiden wichtigsten Präsidentschaftskandidaten. Die rasche militärische und polizeiliche Intervention der Mission der Organisation der Ver-

heitsinstitutionen war gemischt. Sierra Leone übernahm ein gewisses Maß an nationaler Eigenverantwortung für die Reform des Militärs und der Polizei, doch fürchte ich, dass diese ohne anhaltende und langfristige internationale technische und finanzielle Unterstützung keinen Bestand haben wird. Ähnlichen Problemen sahen sich Liberia und die Demokratische Republik Kongo gegenüber, die sich in der Frühphase der Reform ihres Sicherheitssektors befinden. Diesen Reformen war auch in Afghanistan kein großer Erfolg beschieden, wo der Krieg gegen die Taliban und andere regierungsfeindliche Elemente die Sicherheitsbehörden gezwungen hat, in dem Bemühen, für interne Sicherheit zu sorgen, eine größere Rolle zu übernehmen, als eigentlich erstrebenswert wäre.

58. Unterstützung durch die Vereinten Nationen bei Wahlprozessen ist nach wie vor ein bedeutender und in der Regel erfolgreicher Aspekt vieler Friedenssicherungseinsätze. Die Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen waren darüber hinaus weiter dabei behilflich, komplexe und labile Übergangsprozesse in der Demokratischen Republik Kongo, Haiti, Sierra Leone und Timor-Leste voranzubringen, indem sie die Abhaltung erfolgreicher Wahlen und die Einsetzung neuer Regierungen unterstützten.

59. In der Folgephase von Wahlen besteht die wesentliche Herausforderung in der Institutionalisierung einer Mehrparteiendemokratie, die eine alle Seiten einschließende, transparente und rechenschaftspflichtige Regierungs- und Verwaltungsführung gewährleistet. Wahlen eröffnen Ländern die Chance, sich aus dem Teufelskreis der politischen Instabilität, Gewalt und Armut zu befreien und zu beweisen, dass eine gewählte Regierung ihre Legitimität nicht allein aus der Wahlurne bezieht, sondern vielmehr aus ihrer Fähigkeit, unparteiisch für die Sicherheit und die soziale Grundversorgung aller Menschen zu sorgen. In Liberia, der Demokratischen Republik Kongo, Timor-Leste und Haiti arbeiteten die Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen gemeinsam mit den Landesteams der Vereinten Nationen eng mit den gewählten Regierungen zusammen, um die Einrichtung einer auf breiter Grundlage beruhenden staatlichen Verwaltung zu unterstützen. Besondere Aufmerksamkeit galt dabei Maßnahmen zur Stärkung der innerstaatlichen Institutionen, der Erhöhung der Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit für Staatsausgaben und -einnahmen sowie der Reform des Sicherheitssektors, in der Regel allesamt wichtige Zielwerte für die Strategie des Ausstiegs von Friedenssicherungsmissionen aus einem Land.

60. Der Ausbau strategischer Partnerschaften mit multilateralen und regionalen Organisationen hat sich für die Lastenteilung in der Friedenssicherung zu einem hochprioritären Bereich entwickelt. Auf Grund der verschlechterten Sicherheitslage in Darfur und der Schwierigkeiten, denen sich die Mission der Afrikanischen Union in Sudan (AMIS) gegenüber sah, waren die Vereinten Nationen gefordert, der AMIS unverzichtbare logistische Unterstützung zu leisten. Am 12. Juni 2007 stimmte die Regierung Sudans in Addis Abeba einem gemeinsamen hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur zu, und am 31. Juli 2007 genehmigte der Sicherheitsrat die Aufstellung einer aus nahezu 20.000 Soldaten und mehr als 6.000 Polizisten bestehenden Truppe. Ich begrüße diesen im Anschluss an langwierige Verhandlungen erzielten Durchbruch und stehe nach wie vor persönlich zu der Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union. Aufbauend auf dem Erfolg der von der Europäischen Union geleisteten Unterstützung für die Wahlhilfe der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo stimmte ich am 7. Juni 2007 in einer gemeinsamen Erklärung mit der Präsidentschaft der Europäischen Union einer Verstärkung unserer gemeinsamen Tätig

61. Durch die zunehmende Komplexität und die wachsenden Herausforderungen, denen sich die Friedenssicherung der Vereinten Nationen gegenüber sieht, wurden die Kapazitäten der Organisation zur Bewältigung der Probleme im Feld stark strapaziert. Daher danke ich den Mitgliedstaaten für die rasche Billigung meiner Vorschläge zur Stärkung der Kapazität der Vereinten Nationen zur Aufstellung und Aufrechterhaltung von Friedenssicherungseinsätzen in einer Zeit, in der die Nachfrage nach Blauhelmen so groß ist wie nie zuvor. Diese Vorschläge umfassen die Neugliederung der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze, die Einrichtung einer eigenen Hauptabteilung Unterstützung der Feldeinsätze unter Leitung eines Untergeneralsekretärs, eine erhebliche Steigerung der Ressourcen beider Hauptabteilungen und anderer Teile des Sekretariats sowie neue Kapazitäten und integrierte Strukturen, um der steigenden Komplexität der mandatsmäßigen Tätigkeiten gerecht zu werden sowie um eine einheitliche Führung und die Integration der Maßnahmen zu gewährleisten.

62. Gleichzeitig setzte die Organisation ihre Anstrengungen fort, gegen Verfehlungen, namentlich sexuelle Ausbeutung und sexuellen Missbrauch, umfassend vorzugehen. Heute bestehen bei den 18 Friedensmissionen eigene Stellen für Verhaltens- und Disziplinfrauen. Im Laufe des Berichtsjahrs wurden beim Aufbau strategischer Partnerschaften innerhalb des Systems der Vereinten Nationen sowie mit externen Akteuren Fortschritte erzielt, damit Hilfe für Opfer sexueller Ausbeutung und sexuellen Missbrauchs durch Personal der Vereinten Nationen sichergestellt ist. Zu den wichtigsten Leistungen gehörte es, dass sich mehrere Institutionen innerhalb und außerhalb der Vereinten Nationen die im Dezember 2006 herausgegebene Verpflichtungserklärung zur Beseitigung sexueller Ausbeutung und sexuellen Missbrauchs durch Personal der Vereinten Nationen und anderes Personal zu eigen gemacht haben, in der 10 Maßnahmen, darunter praktischen Präventiv- und Abhilfemaßnahmen, eine Schlüsselstellung zuerkannt wird.

Friedenskonsolidierung

63. Um fragile Gesellschaften zu unterstützen, die dabei sind, die Verheerungen des Krieges zu überwinden, um das Wiederaufleben von Konflikten zu verhindern und um Lücken bei der Friedenskonsolidierung zu schließen, errichteten die Mitgliedstaaten auf dem Weltgipfel 2005 die neue Architektur der Friedenskonsolidierung, die aus der Kommission für Friedenskonsolidierung, dem Friedenskonsolidierungsfonds und dem Büro zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung besteht.

64. Im ersten Jahr ihrer Tätigkeit konzentrierte sich die Kommission auf die mit der Herbeiführung eines dauerhaften Friedens in Burundi und Sierra Leone verbundenen Herausforderungen und begann mit der Entwicklung zentraler organisatorischer und verfahrensbezogener Methoden für ihre Arbeit. Mit Unterstützung durch die Kommission und die Vereinten Nationen ermittelte die Regierung Burundis die Herausforderungen und Bedrohungen, die sich der Friedenskonsolidierung entgegenstellen. Der daraufhin entwickelte Strategierahmen für Burundi dient der Regierung nun als Handlungshilfe, wenn sie mit allen Interessenträgern in dem Land und mit der internationalen Gemeinschaft an Fragen der Friedenskonsolidierung herantritt. Die Regierung Sierras erarbeitet derzeit mit Unterstützung der Vereinten Nationen und der Kommission ihre integrierte Friedenskonsolidierungsstrategie, die nach den Wahlen in dem Land weiter verfeinert werden wird.

Es beaufsichtigt die Tätigkeit des Friedenskonsolidierungsfonds und wird die Koordinierung in Bezug auf Friedenskonsolidierungsfragen innerhalb des Sekretariats und in den Vereinten Nationen verbessern, um sicherzustellen, dass die Kommission möglichst wirksame Unterstützung durch das Sekretariat erhält. Das Büro ist inzwischen funktionsfähig und mit Personal ausgestattet, sodass es sein Mandat wahrnehmen und die Kommission unterstützen kann. Zu seinen Aufgaben gehört es auch, die maßgeblichen Akteure zusammen-

69. Die Strategie gibt koordinierte, kohärente und umfassende Maßnahmen vor, mit denen der Terrorismus auf nationaler, regionaler und globaler Ebene bekämpft und gleichzeitig die Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit gewährleistet werden soll. Ferner wird ein konkreter Aktionsplan zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus und zur Auseinandersetzung mit Missständen und den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Grundbedingungen vorgezeichnet, die der Ausbreitung des Terrorismus förderlich sind. Die Strategie wird dann am erfolgreichsten sein, wenn sie vollständig umgesetzt wird. Ich bin der Ansicht, dass dieses Ziel erreicht werden kann, wenn die Kapazitäten der Mitgliedstaaten und des Systems der Vereinten Nationen gestärkt und Anstrengungen unternommen werden, die Zivilgesellschaft und den Privatsektor einzubinden. Die Hauptverantwortung für die Umsetzung der Strategie liegt bei den Mitgliedstaaten. Dennoch tragen eine Vielzahl von Sekretariats-Hauptabteilungen, Sonderorganisationen, Programmen und Fonds der Vereinten Nationen zu diesem wichtigen Unterfangen bei, indem sie die Mitgliedstaaten bei ihren Umsetzungsbemühungen unterstützen.

Abrüstung und Nichtverbreitung

74. Schon seit meinem ersten Tag im Amt betone ich, dass die Fehlschläge und der Verhandlungsstillstand, von denen wichtige Foren und Instrumente auf dem Gebiet der Abrüstung, der Rüstungskontrolle und der Nichtverbreitung in den letzten Jahren betroffen waren, eindeutig die Notwendigkeit einer Neubelebung der internationalen Abrüstungsagenda beweisen, und zwar durch koordinierte Anstrengungen, bei denen die Vereinten Nationen eine wirksamere Rolle übernehmen sollten. Am 15. März 2007 unterstützte die Generalversammlung durch die Verabschiedung der Resolution 61/257 über die Stärkung der Kapazität der Vereinten Nationen zur Förderung der Abrüstungsagenda meine Vorschläge, ein Büro für Abrüstungsfragen unter der Leitung eines Hohen Beauftragten einzurichten. Das Büro wird sich auf konkrete Herausforderungen konzentrieren und stärker auf Mitglied-

Konsensbericht mit konkreten Empfehlungen dazu annahm, wie die Erarbeitung innerstaatlicher Gesetze und Vorschriften gefördert sowie der Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen nationalen Behörden und die internationale Zusammenarbeit und Hilfe beim Kapazitätsaufbau verstärkt werden könnten.

79. Bei den großen vor uns liegenden Herausforderungen geht es um die Notwendigkeit, die multilateralen Abrüstungs- und Rüstungsregelungsnormen zu stärken. Das letztendliche strategische Ziel der Vereinten Nationen besteht in „allgemeiner und vollständiger Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle“. Die Erreichung dieses Ziels, das sich aus den in der Charta der Vereinten Nationen erteilten Abrüstungs- und Rüstungsregelungsmandaten ableitet, wird zusätzliche Anstrengungen erfordern, um den weltweiten Beitritt zu multilateralen Verträgen, deren vollständige und wirksame Durchführung, die Setzung neuer Normen und die verstärkte Interaktion mit der Zivilgesellschaft zu fördern.

Kapitel IV

Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und humanitäre Angelegenheiten

80. Das Streben eines jeden Menschen nach einem Leben in Freiheit und Würde kann sich nur durch die Förderung und den Schutz der universellen Werte der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie erfüllen. Die internationale Gemeinschaft hat bei der Förderung der Menschenrechtsnormen und -mechanismen erhebliche Fortschritte erzielt. 2005 machten sich die politischen Führer der Welt ihre Verantwortung zu eigen, die Bevölkerung ihrer Länder vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischer Säuberung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen. Wir müssen weiter darauf hinarbeiten, der mit der Wahrnehmung dieser Verantwortung verbundenen Herausforderung gerecht zu werden. Zudem wird nur allzu vielen Menschen weiter das Recht auf ein Leben in Würde vorenthalten, weil sie in ihrem Versuch, Naturkatastrophen und anthropogenen Katastrophen und der damit verbundenen Gewalt zu entrinnen, zu Vertriebenen geworden sind. Derartige Verletzungen ihrer Rechte untergraben die Grundlagen der Sicherheit und der Entwicklung überall auf der Welt. Ich bin entschlossen, weiter verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um die Organisation für die Festigung der Achtung der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie zu rüsten und die Mitgliedstaaten in ihren diesbezüglichen Anstrengungen zu unterstützen.

Rechtsstaatlichkeit

81. Die Rechtsstaatlichkeit ist eines der Grundprinzipien, auf denen die Vereinten Nationen aufbauen. Die Vereinten Nationen verfolgen nach wie vor das Ziel, als Gemeinschaft von Nationen ihre Tätigkeit nach Regeln auszuüben, die die Menschenrechte, die Menschenwürde und die Beilegung internationaler Streitigkeiten durch friedliche Mittel fördern. Die internationale Strafgerichtsbarkeit, ein Konzept, das davon ausgeht, dass die Herbeiführung von Gerechtigkeit eine festere Grundlage für dauerhaften Frieden schafft, hat sich zu einem Tätigkeitsschwerpunkt der Organisation entwickelt.

82. Die Internationalen Strafgerichtshöfe für das ehemalige Jugoslawien und für Ruanda setzten 2006 die Verfahren gegen Personen fort, die angeklagt sind, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord begangen zu haben. Die Außerordentlichen Kammern in den Gerichten Kambodschas haben gegen den ersten Beschuldigten wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit Anklage erhoben und ihn in Haft genommen. Der Sondergerichtshof für Sierra Leone hat das Verfahren gegen Charles Taylor eröffnet sowie zwei historische Urteile gegen fünf Personen gefällt, wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und, was besonders bedeutsam ist, der Zwangsverpflichtung von Kindersoldaten unter Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht. Was die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und dem Internationalen Strafgerichtshof angeht, so werde ich die Politik der Hilfe und Unterstützung für den Internationalen Strafgerichtshof bei allen seinen Tätigkeiten unter voller Achtung des unabhängigen Charakters dieser wichtigen internationalen Institution fortsetzen.

83. Am 29. März 2006 ersuchte der Sicherheitsrat mit seiner Resolution 1664 (2006) meinen Vorgänger, mit der Regierung Libanons ein Abkommen zur Einsetzung eines Gerichtshofs auszuhandeln, um diejenigen der Justiz zuzuführen, die des Anschlags beschuldigt werden, bei dem der ehemalige Ministerpräsident Libanons, Rafik Hariri, und 23 weitere Personen getötet wurden. Am 30. Mai 2007 verabschiedete der Sicherheitsrat

wel“ des internationalen Systems zum Schutz der Menschenrechte bildet. Im ersten Jahr seines Bestehens verabschiedete der Rat einen Verhaltenskodex für Mandatsträger, der ihrer Tätigkeit größere Klarheit und Kohärenz verleihen soll. Im zweiten Jahr wird der Rat voraussichtlich einzelne Mandate bewerten sowie Schutzlücken aufzeigen, durch deren Schließung das System gestärkt werden kann.

89. Im vergangenen Jahr wurden einige Meilensteine in Form mehrerer wichtiger neuer Menschenrechtsverträge erreicht. So trat im Juni 2006 das Fakultativprotokoll zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe in Kraft. Im Dezember 2006 wurden darüber hinaus das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und das dazugehörige Fakultativprotokoll sowie das Internationale Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen verabschiedet.

90. Derzeit unternimmt die internationale Gemeinschaft kühne Schritte, um schweren Verstößen gegen Kinder, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind, ein Ende zu setzen. Der vom Sicherheitsrat in seiner Resolution 1612 (2005) geforderte Überwachungs- und Berichterstattungsmechanismus wurde in bisher 12 Ländern eingerichtet und konzentriert sich auf sechs Kategorien schwerer Verstöße gegen Kinder. Ich habe der zuständigen Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für Kinder und bewaffnete Konflikte zu dieser Frage zahlreiche landesspezifische Berichte mit konkreten Empfehlungen zur Verbesserung der

Demokratie und gute Regierungsführung

94. Die Vereinten Nationen fördern auch weiterhin die Demokratie und eine gute Regierungsführung, indem sie nicht nur bei der Abhaltung glaubhafter Wahlen behilflich sind, sondern auch ein breites Spektrum von Tätigkeiten zur Förderung demokratischer Institutionen und Praktiken durchführen. Dazu gehört die Unterstützung einer unabhängigen Justiz und unabhängiger Parlamente, starker nationaler Menschenrechtspolitiken und -institutionen, transparenter und rechenschaftspflichtiger staatlicher Instanzen, der Staatsbürgerkunde, der freien Meinungsäußerung sowie starker, mit Partizipationsmöglichkeiten ausgestatteter Zivilgesellschaften. In diesem Zusammenhang werden Wahlprozesse immer häufiger nicht als Ziel an sich, sondern als Brücken zur Friedenskonsolidierung und zu einer nachhaltigen Entwicklung angesehen. Bei den Bemühungen des Systems der Vereinten Nationen, die Regierungsführung in den Mitgliedstaaten zu verbessern, nimmt die Durchführung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption jetzt eine besondere Vorrangstellung ein.

95. Einerseits brachte das vergangene Jahr eine Verkleinerung mehrerer großer und komplexer Wahlhilfeeinsätze, beispielsweise in Afghanistan, Irak und Liberia, andererseits jedoch leisteten die Vereinten Nationen einen wesentlichen Beitrag zur Abhaltung der historischen Parlaments-, Präsidentschafts- und Provinzversammlungen im Juli und Oktober 2006 in der Demokratischen Republik Kongo.

96. Parallel dazu wurde den Mitgliedstaaten in weiter zunehmendem Umfang technische Hilfe bei Wahlen gewährt. Im vergangenen Jahr nahmen mehr als 30 solcher technischer Hilfsprojekte ihren Anfang, hauptsächlich über das UNDP. Die Vereinten Nationen leisten ihre Wahlhilfe außerdem oftmals innerhalb eines komplexen politischen Umfelds. In Mauretanien beispielsweise trafen die nationalen Behörden auf Anraten der Vereinten Nationen gezielte Maßnahmen und erhöhten so die Glaubwürdigkeit des Verfassungsreferendums sowie der Parlaments- und Kommunalwahlen von 2006 und der Präsidentschaftswahlen von 2007.

97. Mit dem Eintritt in die Postkonfliktphase verlegen die Vereinten Nationen den Schwerpunkt ihrer Hilfe oft auf die Konsolidierung der von neu geschaffenen Wahlinstitutionen gesammelten Erfahrungen. Zu diesem Zweck übertrug beispielsweise die Mission der Vereinten Nationen in Liberia im September 2006 die Verantwortung für die langfristige Wahlhilfe der Vereinten Nationen an das UNDP.

98. Auf der sechsten Internationalen Konferenz der neuen oder wiederhergestellten Demokratien vom 29. Oktober bis 1. November 2006 in Doha bekräftigten die teilnehmenden Vertreter von 100 Regierungen, 69 Parlamenten und 97 zivilgesellschaftlichen Organisationen ihr gemeinsames Bekenntnis zur Demokratisierung. Ein Beirat und ein kleines Sekretariat wurden eingerichtet, um den Vorsitz der Konferenz bei der Umsetzung der Konferenzbeschlüsse zu unterstützen.

99. Der Demokratiefonds der Vereinten Nationen hat sich bereits einen Namen gemacht. Im ersten Jahr seiner Tätigkeit finanzierte

deutende Gleichstellungskomponente, und 37 Prozent betrafen ausdrücklich die Förderung der Rechte der Frau und der Gleichstellung der Geschlechter.

100. Trotz dieser positiven Entwicklungen sind die Anstrengungen zur weiteren Verbreitung einer demokratischen Regierungsführung jedoch noch immer mit erheblichen Herausforderungen verbunden. Viele Länder schränken auch weiterhin die Grundfreiheiten ein, und manche Regierungen sind hinsichtlich der Effizienz, Transparenz und Rechenschaftspflicht des öffentlichen Sektors mit Problemen konfrontiert. Frauen spielen zwar beim Aufbau der Demokratie eine wachsende Rolle, doch in Spitzenpositionen sind sie nach wie vor nur begrenzt vertreten. Indigene Völker und gesellschaftliche Randgruppen sind ebenfalls oft von der Macht ausgeschlossen. Darüber hinaus werden die Regierungen in Abwesenheit starker demokratischer Partizipation, öffentlicher Rechenschaftspflicht und gestärkter institutioneller Kapazitäten ihre Zusagen zur Verwirklichung der Millenniums-Erklärung, einschließlich der Millenniums-Entwicklungsziele und anderer international vereinbarter Entwicklungsziele, nur schwerlich einhalten.

Humanitäre Angelegenheiten

101. Zahlreiche Krisen in aller Welt machten im vergangenen Jahr die Notwendigkeit berechenbarer und wirksamerer humanitärer Maßnahmen deutlich. Das System der Vereinten Nationen hat sich darum bemüht, dieser Notwendigkeit umfassend und vorausschauend Rechnung zu tragen. Zwei Bereiche verdienen besondere Aufmerksamkeit: die Verbesserung des Schutzes von Zivilpersonen und die Verstärkung der weltweiten Bemühungen auf dem Gebiet der Katastrophenvorsorge und -bewältigung angesichts der Auswirkungen des Klimawandels.

102. Positive Entwicklungen gab es im Hinblick auf einige seit langem andauernde Notsituationen, namentlich in der Demokratischen Republik Kongo, in Nepal und in Norduganda. Anhaltende Konflikte in Darfur, im Nahen Osten, in Somalia und Sri Lanka brachten jedoch weiterhin in großem Ausmaß Leid, Gewalt, Misshandlung und Vertreibung für Millionen von Menschen, insbesondere Frauen und Kinder. Durch Naturgefahren bedingte Katastrophen, namentlich schwere Überschwemmungen in Bangladesch, der Demokratischen Volksrepublik Korea, Mosambik und Pakistan, forderten auch in diesem Jahr viele Menschenleben und vernichteten Existenzgrundlagen.

103. In Darfur, wo der nach wie vor größte humanitäre Einsatz weltweit durchgeführt wird, haben gewaltsame Angriffe auf Zivilpersonen, einschließlich Vergewaltigungen, sowie die Vernichtung von Existenzgrundlagen seit Juni 2006 nahezu 520.000 Zivilpersonen in die Flucht getrieben; damit ist die Zahl der Binnenvertriebenen auf insgesamt 2,2 Millionen gestiegen. Darüber hinaus haben mehr als 230.000 Menschen aus Darfur in Tschad Zuflucht gesucht, und 173.000 Tschader sind Vertriebene im eigenen Land. Über 12.300 Helfer, hauptsächlich aus Sudan, versuchen, 4,2 Millionen Menschen in Not humanitäre Hilfe zu leisten.

104. Insgesamt blieb der Konflikt in der Demokratischen Republik Kongo, dem seit 1998 4 Millionen Menschen vor allem als Folge von Krankheit, Hunger und Vertreibung zum Opfer gefallen sind, der weltweit tödlichste Konflikt.

105. In Somalia zwangen verstärkte Kampfhandlungen zwischen Klanmilizen und durch äthiopische Truppen unterstützten Regierungstreitkräften mehr als 400.000 Menschen, aus Mogadischu zu fliehen. Etwa 71.000 weitere somalische Flüchtlinge haben seit Juni 2006 in Nachbarländern Zuflucht gesucht. Erneute Kampfhandlungen in Sri Lanka trieben im

gleichen Zeitraum schätzungsweise 184.000 Menschen in die Flucht, womit die Gesamtzahl der Vertriebenen auf 437.000 gestiegen ist. Rund 103.000 Menschen sind in der letzten Zeit in den Osten Sri Lankas zurückgekehrt.

106. Im Nahen Osten fordern Gewaltkonflikte weiter viele Todesopfer und haben tragische Auswirkungen auf das tägliche Leben der Bevölkerung. Im Sommer 2006 wurden durch militärische Angriffe in Libanon und Israel über eine Million Menschen in Libanon und 300.000 in Israel aus ihrer Heimat vertrieben. Etwa 8 Millionen irakische Zivilpersonen brauchen heute dringend humanitäre Hilfe, unter ihnen mehr als 2,2 Millionen Binnenvertriebene und mehr als 2 Millionen, die vorwiegend in der Syrischen Arabischen Republik und in Jordanien Zuflucht genommen haben.

107. 2007 ist die Zahl der Flüchtlinge weltweit weiter angestiegen, was in erster Linie auf die Flüchtlingsströme aus Irak zurückzuführen ist. Nach Angaben des Amtes des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen wird die gegenwärtige Zahl der Flüchtlinge

gruppen-Ansatz zur Verbesserung sektorspezifischer Führungskompetenz und Kapazität wurde in einem Dutzend humanitärer Notsituationen angewandt. Gleichzeitig wurden Ausbildungs- und andere Maßnahmen zur Stärkung des Systems der humanitären Koordinatoren ergriffen. Verstärktes Gewicht wurde in diesem Jahr ferner auf den Aufbau von Partnerschaften zwischen Einrichtungen der Vereinten Nationen, nichtstaatlichen Organisationen, sonstigen internationalen Organisationen und der Privatwirtschaft gelegt.

112. Der Bedarf an humanitärer Hilfe wird in den kommenden Jahren voraussichtlich zunehmen, ebenso die Herausforderungen, die mit der Bereitstellung dieser Hilfe verbunden sind. Ich habe alle Mitgliedstaaten aufgefordert, ihre Unterstützung für humanitäre Maßnahmen entsprechend zu verstärken. Die Vereinten Nationen und ihre Partner im humanitären Bereich sind entschlossen, den Regierungen bei der Vorbereitung auf diese Herausforderungen und ihrer Bewältigung zu helfen.

Kapitel V

Stärkung der Vereinten Nationen

113. Die Notwendigkeit einer Stärkung der Vereinten Nationen wird uns durch ein wachsendes Spektrum neuer Herausforderungen, darunter humanitäre Krisen, Menschenrechtsverletzungen, bewaffnete Konflikte sowie Gesundheits- und Umweltfragen, täglich vor Augen geführt. Selten waren die Vereinten Nationen aufgefordert, so viel für so viele zu tun. Ich bin entschlossen, die Vereinten Nationen mit neuem Leben zu erfüllen und das Vertrauen in eine gestärkte Organisation zu erneuern, die fest im 21. Jahrhundert verankert ist und ihre Aufgaben wirksam, effizient, kohärent und verantwortlich wahrnimmt.

Der zwischenstaatliche Apparat

114. Auf der einundsechzigsten Tagung der Generalversammlung war die Reform des Sicherheitsrats eine der am meisten debattierten Fragen. Die Präsidentin der Versammlung leitete mit Hilfe von sechs Moderatoren einen umfassenden Konsultationsprozess, in dessen Verlauf die Mitgliedstaaten alle Aspekte dieser wichtigen Angelegenheit prüfen konnten. Als Ergebnis dieses Prozesses legten die Moderatoren am 19. April und am 26. Juni 2007 der Präsidentin je einen Bericht vor. In beiden Berichten wurde die von den führenden Politikern der Welt im Ergebnisdokument des Weltgipfels 2005 bekundete Entschlossenheit bekräftigt, als festen Bestandteil des laufenden Reformprozesses der Vereinten Nationen eine Reform des Sicherheitsrats durchzuführen, und der Schluss gezogen, dass der Status quo für eine überwältigende Mehrheit der Mitgliedstaaten nicht annehmbar ist. Als wichtigste Empfehlung ist den Berichten zu entnehmen, dass die Mitgliedstaaten einen „intermediären Ansatz“ als Kompromisslösung erwägen, um den Prozess wieder in Bewegung zu bringen. Es ist wichtig, dass die Mitgliedstaaten sich in dieser bedeutenden und noch ungelösten Frage auf der Reformagenda weiter um einen Konsens bemühen.

115. Am 2. August 2007 verabschiedete die Generalversammlung im Konsens die Resolution 61/292 über die Neubelebung der Rolle und Autorität der Generalversammlung und die Verbesserung ihrer Leistung. Kernthema der Resolution ist die Notwendigkeit, frühere Resolutionen über eine Neubelebung der Generalversammlung durchzuführen. In dieser Hinsicht boten die während der einundsechzigsten Tagung abgehaltenen vier informellen Aussprachen zu den Themen „Partnerschaften auf dem Weg zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele: Wo wir stehen, wohin wir gehen“, „Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen“, „Die

Stärkung des Rahmens für die Rechenschaftslegung begrüßt haben, neu zu beleben. Diese Mechanismen sind ebenfalls gut dafür geeignet, das Bewusstsein, die Sensibilität und das Engagement des Managements in Bezug auf die Rechenschaftspflicht durchgängig zu erhöhen.

122. All dies sind maßgebliche Voraussetzungen, um sicherzustellen, dass den Empfehlungen der Aufsichtsorgane mit angemessenen institutionellen Maßnahmen Folge geleistet

Systemweite Kohärenz

127. Die Vereinten Nationen könnten deutlich mehr leisten, um sich ihrer Vision anzunähern und ihren Auftrag zu erfüllen. Die Arbeit der Organisation ist fragmentiert, vor allem auf der Landesebene, und auf globaler Ebene fehlt es ihr an Synergie. Nach meiner Überzeugung enthält der Bericht der Hochrangigen Gruppe für Kohärenz des Systems der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Entwicklung, der humanitären Hilfe und der Umwelt (siehe A/61/583) anregende und weitreichende Vorschläge zur Behebung dieser Mängel.

128. Im Rahmen der Bewertung der Vorschläge der Gruppe in meinem Bericht (A/61/836) brachte ich meine Unterstützung für den Grundsatz eines stärkeren und kohärenteren Systems der Vereinten Nationen zum Ausdruck. Ich befürworte die im Bericht der Gruppe enthaltenen Empfehlungen, deren Umsetzung die Organisation in die Lage versetzen wird, die Anstrengungen der einzelstaatlichen Regierungen zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele und der anderen international vereinbarten Entwicklungsziele zu unterstützen. Ich erwähnte auch, dass wir die Empfehlungen der Gruppe fest in die umfassendere Reformagenda der Vereinten Nationen integrieren müssen, um die bestehenden Prozesse in vollem Umfang nutzen zu können.

129. Ich habe mich ausgiebig mit den Mitgliedstaaten und der Präsidentin der einundsechzigsten Tagung der Generalversammlung beraten, die einen Prozess zur Prüfung der Empfehlungen der Gruppe mit Unterstützung durch zwei Kovorsitzende, die Botschafter von Barbados und Luxemburg, eingeleitet hat. Die Konsensbildung im Hinblick auf einen

Kapitel VI

Globale Interessengruppen

132. Nichtstaatliche Akteure leisten in stetig wachsender Zahl und Vielfalt wichtige Beiträge im Bereich der internationalen Angelegenheiten. Im vergangenen Jahr ist die Zu-

gen und Zugangsmöglichkeiten, die die Vereinten Nationen nur schwer in gleichem Maß beitragen können. So stieg beispielsweise allein beim Welternährungsprogramm die Zahl zivilgesellschaftlicher Partner von 2.274 im Jahr 2005 auf 3.255 im Jahr 2006.

137. Das Büro der Vereinten Nationen für Partnerschaften dient als Portal für Organisationen der Zivilgesellschaft sowie für Unternehmen, Stiftungen und andere zum Aufbau von Partnerschaften, die globale internationale Ziele verfolgen. Das Büro bietet als Regelleistung Beratung im Hinblick auf Partnerschaften in vielen Bereichen, darunter biologische Vielfalt, Klimawandel, Bildung, Gesundheit, Telekommunikation, Wasser- und Sanitärversorgung sowie Welterbe. Das Büro hat ferner die Lobbyarbeit unter der Leitung der

Die Vereinten Nationen müssen weiter erkunden, wie sie die Einbindung der Privatwirtschaft maximieren und dabei gleichzeitig die Integrität der Organisation wahren und ihre Rechenschaftsstrukturen verbessern können.

Kapitel VII

Fazit

142. Wie aus diesem Bericht deutlich hervorgeht, befassen sich die Vereinten Nationen heute in allen Teilen der Welt mit einer Vielzahl drängender globaler Fragen. Dieses anhal-

gesellschaft und des Privatsektors, notwendig sind, um Lösungen für unsere gemeinsamen globalen Probleme zu finden.

149. Die Welt braucht heute mehr denn je eine erneuerte, neu belebte und reaktionsfähigere Weltorganisation. Die Vereinten Nationen müssen in der Lage sein, auf die Herausforderungen unserer sich ständig wandelnden Welt schnell und wirksam zu reagieren. Wir müssen die Kluft zwischen Rhetorik und Realität überwinden. Das werden wir nur erreichen, wenn wir uns im kommenden Jahr auf grundlegende Reformen einigen, um die Personalqualität der Organisation zu verbessern, die Rechenschaftspflicht zu stärken, die Managementleistung zu erhöhen und modernere Geschäftsprozesse und -praktiken einzuführen.

150. Als Generalsekretär werde ich alles tun, was in meiner Macht steht, damit der feierlichen Pflicht der Vereinten Nationen, die in ihrer Charta festgeschriebenen Ziele zu verfolgen, in jeder Hinsicht entsprochen wird. Trachten wir alle danach, aus den Vereinten Nationen eine Organisation zu machen, die den tiefsten Bedürfnissen und höchsten Bestrebungen der Welt besser gerecht wird.

Anhang I

Millenniums-Entwicklungsziele, Zielvorgaben und Indikatoren 2007: statistische Tabellen

Ziel 1

Beseitigung der extremen Armut und des Hungers

Zielvorgabe 1

Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, deren Einkommen weniger als 1 Dollar beträgt

Indikator 1

Anteil der Bevölkerung mit weniger als 1 Dollar Kaufkraftparität (KKP) pro Tag^{a,b}

(Prozent)

	1990	1999	2004
Entwicklungsregionen	31,6	23,4	19,2
Nordafrika	2,6	2,0	1,4
Afrika südlich der Sahara	46,8	45,9	41,1
Lateinamerika und Karibik	10,3	9,6	8,7
Ostasien	33,0	17,8	9,9
Südasien	41,1	33,4	29,5
Südostasien	20,8	8,9	6,8
Westasien	1,6	2,5	3,8
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	0,5	5,5	0,6
Transformationsländer Südosteuropas	<0,1	1,3	0,7

^a Hocheinkommensländer entsprechend der Definition der Weltbank sind nicht enthalten.

^b Schätzungen der Weltbank (April 2007).

Indikator 2

	1990	2004
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	0,1	0,1
Transformationsländer Südosteuropas	-	0,2

^a Misst das Ausmaß der Armut. Es wird als Prozentwert der Armutsgrenze ausgedrückt und errechnet, indem man den Anteil der unterhalb der Armutsgrenze lebenden Menschen mit der Differenz zwischen der Armutsgrenze und dem Durchschnittseinkommen der unterhalb der Armutsgrenze lebenden Menschen multipliziert. Hoheinkommensländer entsprechend der Definition der Weltbank sind nicht enthalten.

Indikator 3

Anteil des ärmsten Fünftels am nationalen Konsum^a

(Prozent)

	1990	2004
Entwicklungsregionen	4,6	3,9
Nordafrika	6,2	6,3
Afrika südlich der Sahara	3,4	3,4
Lateinamerika und Karibik	2,8	2,7
Ostasien	7,1	4,5
Südasien	7,2	6,7
Südostasien	6,2	6,1
Westasien	5,9	5,4
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	7,9	6,2
Transformationsländer Südosteuropas	8,3	7,8

^a Hoheinkommensländer entsprechend der Definition der Weltbank sind nicht enthalten.

Zielvorgabe 2

Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, die Hunger leiden

Indikator 4

b) Nach Geschlecht (1996-2005)

(Prozent)

	<i>Jungen</i>	<i>Mädchen</i>	<i>Jungen/Mädchen</i>
Entwicklungsregionen	27	28	0,96
Nordafrika	8	7	1,14
Afrika südlich der Sahara	29	27	1,07
Lateinamerika und Karibik	8	8	1,00
Ostasien	10	11	0,91
Südasiens	43	46	0,93
Südostasien	28	28	1,00
Westasien	14	14	1,00
Ozeanien	-	-	-

Indikator 5

Bevölkerung, bei der die Kalorienzufuhr unter der notwendigen Mindestmenge liegt

(Neue globale oder regionale Angaben liegen nicht vor. Die Daten sind dem Bericht von 2006 entnommen.)

(Prozent)

	<i>1990-1992</i>	<i>2001-2003</i>
Entwicklungsregionen	20	17
Nordafrika	4	4
Afrika südlich der Sahara	33	31
Lateinamerika und Karibik	13	10
Ostasien	16	12
Südasiens	25	21
Südostasien	18	12
Westasien	6	9
Ozeanien	15	12
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	7 ^a	7
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	16 ^a	20
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	4 ^a	3
Entwickelte Regionen	<2,5 ^a	

Ziel 2 Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung

Zielvorgabe 3

Bis zum Jahr 2015 sicherstellen, dass Kinder in der ganzen Welt, Jungen wie Mädchen, eine Grundschulbildung vollständig abschließen können

Indikator 6

Nettoeinschulungsquote im Grundschulbereich

a) **Insgesamt**

(In der Grund- und Sekundarstufe eingeschulte Kinder je 100 Kinder im Einschulungsalter)

	<i>1990/91</i>	<i>1998/99</i>	<i>2004/05</i>
Welt	82,5	85,0	88,8
Entwicklungsregionen	80,2	83,5	87,9
Nordafrika	82,0	89,9	95,3
Afrika südlich der Sahara	53,7	57,4	70,4
Lateinamerika und Karibik	86,8	93,8	96,7
Ostasien	98,6	99,0	94,9
Südasien	74,5	81,3	90,0
Südostasien	93,8	91,8	93,8
Westasien	80,8	84,9	86,4
Ozeanien	74,6	80,6	78,4

Indikator 8
Alphabetisierungsquote bei den 15- bis 24-jährigen Frauen und Männern^a

(Lese- und Schreibkundige (Prozent))

	1984-1994			1995-2004		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
Welt	83,5	87,8	79,2	87,4	90,3	84,4
Entwicklungsregionen	80,2	85,4	75,0	85,0	88,5	81,4
Nordafrika	66,7	76,7	56,3	84,3	89,9	78,4
Afrika südlich der Sahara	64,4	71,0	58,4	67,8	72,2	63,8
Lateinamerika und Karibik	93,7	93,3	94,2	96,0	95,6	96,5
Ostasien	94,5	97,1	91,8	98,9	99,2	98,5
Südasien	60,7	71,6	49,1	74,6	82,1	66,6
Südostasien	94,9	95,9	93,9	96,2	96,4	96,0
Westasien	88,5	93,8	82,9	91,8	95,5	88,0
Ozeanien	73,0	75,3	70,6	72,8	74,9	70,5
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	99,7	99,7	99,6	99,7	99,7	99,8
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	99,7	99,7	99,7	99,8	99,8	99,7
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	99,6	99,7	99,6	99,7	99,7	99,8
Entwickelte Regionen	98,7	99,4	99,4	99,4	99,4	99,4
Am wenigsten entwickelte Länder	56,3	64,0	49,1	62,3	67,9	57,1
Binnenentwicklungsländer	60,3	66,4	54,8	63,6	67,5	60,2
Kleine Inselentwicklungsländer	85,7	86,0	85,4	86,5	86,4	86,6

^a Die regionalen Durchschnittswerte errechnen sich aus einem gewichteten Durchschnittswert des zuletzt verfügbaren beobachteten Datenpunkts für jedes Land oder Hoheitsgebiet im Bezugszeitraum. Für Länder, für die keine Daten vorliegen, wurden Schätzungen des Statistischen Instituts der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur herangezogen.

Ziel 3 Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frau

Zielvorgabe 4 Das Geschlechtergefälle in der Grund- und Sekundarschulbildung beseitigen, vorzugsweise bis 2005 und auf allen Bildungsebenen bis spätestens 2015

Indikator 9
Verhältnis Mädchen/Jungen in der Grund-, Sekundarstufe und im tertiären Bildungsbereich

(Brutto-Einschulungsquote)

a) **Grundstufe**

	1991	1999	2005
Welt	0,89	0,92	0,95

	1991	1999	2005
Entwicklungsregionen	0,87	0,91	0,94
Nordafrika	0,82	0,90	0,93
Afrika südlich der Sahara	0,84	0,86	0,89
Lateinamerika und Karibik	0,97	0,97	0,96
Ostasien	0,93	1,01	0,99
Südasien	0,76	0,82	0,93
Südostasien	0,96	0,96	0,97
Westasien	0,83	0,87	0,91
Ozeanien	0,92	0,95	0,91
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	0,99	0,99	0,99
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	0,99	0,99	0,99
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	1,00	0,99	1,00
Entwickelte Regionen	0,99	1,00	0,99
Am wenigsten entwickelte Länder	0,79	0,85	0,89
Binnenentwicklungsländer	0,82	0,83	0,89
Kleine Inselentwicklungsländer	0,96	0,96	0,95

b) Sekundarstufe

	1999	2005
Welt	0,91	0,94
Entwicklungsregionen	0,89	0,93
Nordafrika	0,93	0,97
Afrika südlich der Sahara	0,82	0,80
Lateinamerika und Karibik	1,07	1,08
Ostasien	0,95	1,00
Südasien	0,74	0,83
Südostasien	0,97	1,01
Westasien	0,81	0,84
Ozeanien	0,94	0,92
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	0,99	0,97
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	0,96	0,95
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	1,00	0,97
Entwickelte Regionen	1,00	1,00
Am wenigsten entwickelte Länder	0,77	0,81
Binnenentwicklungsländer	0,81	0,82
Kleine Inselentwicklungsländer	1,06	1,04

c) **tertiärer Bildungsbereich**

	1999	2005
Welt	0,96	1,05
Entwicklungsregionen	0,78	0,91
Nordafrika	0,69	1,02
Afrika südlich der Sahara	0,69	0,63
Lateinamerika und Karibik	1,12	1,17
Ostasien	0,55	0,90
Südasien	0,63	0,74
Südostasien	0,92	0,99
Westasien	0,82	0,89
Ozeanien	0,69	0,90
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	1,20	1,29
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	0,89	1,05
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	1,27	1,33
Entwickelte Regionen	1,19	1,28
Am wenigsten entwickelte Länder	0,57	0,63
Binnenentwicklungsländer	0,74	0,85
Kleine Inselentwicklungsländer	1,21	1,60

Indikator 10

Verhältnis der Alphabetenquote bei Frauen zur Alphabetenquote bei Männern in der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen

(Keine Angaben. Siehe Anmerkungen am Ende.)

Indikator 11

Anteil der Frauen an den unselbständig Erwerbstätigen im nichtlandwirtschaftlichen Sektor

(Prozent)

	1990	1995	2000	2005
Welt	35,6	36,7	37,8	38,9
Nordafrika	19,8	19,8	18,6	20,1
Afrika südlich der Sahara	28,0	29,1	30,3	31,6
Lateinamerika und Karibik	37,2	38,6	40,4	42,1
Ostasien	37,8	38,8	39,5	40,5
Südasien	13,1	14,9	16,7	18,1
Südostasien	37,5	37,0	38,6	38,7
Westasien	16,3	17,9	19,4	21,2
Ozeanien	28,5	31,7	35,2	37,8
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	48,8	49,3	50,2	51,2
Entwickelte Regionen	43,5	44,8	45,7	46,6

Indikator 12

Von Frauen eingenommene Sitze in nationalen Parlamenten^a

(Prozent)

	1990	1997	2002	2007 ^b
Welt	12,8	11,4	13,8	17,1
Entwicklungsregionen	10,4	10,1	12,1	15,7
Nordafrika	2,6	1,8	2,2	8,1
Afrika südlich der Sahara	7,2	9,0	12,0	16,6
Lateinamerika und Karibik	11,9	12,4	15,7	20,5
Ostasien	20,2	19,3	20,2	19,5
Südasien	5,7	5,9	4,9	13,0
Südostasien	10,4	10,8	13,9	16,7
Westasien	4,6	3,0	5,2	7,9
Ozeanien	1,2	1,6	2,4	2,6
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	-	6,2	8,6	11,5
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	-	7,0	8,8	10,4
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	-	5,4	8,4	12,4
Entwickelte Regionen	16,3	15,6	19,1	21,8
Am wenigsten entwickelte Länder	7,3	7,3	10,4	16,2
Binnenentwicklungsländer	14,0	6,6	10,7	17,5
Kleine Inselentwicklungsländer	15,2	11,3	14,2	19,1

^a Nur Einkammerparlamente oder Unterhäuser.

^b Stand: 31. Januar 2007.

Ziel 4

Senkung der Kindersterblichkeit

Zielvorgabe 5

Zwischen 1990 und 2015 die Sterblichkeitsrate von Kindern unter 5 Jahren um zwei Drittel senken

	1990	2005
Südostasien	78	41
Westasien	68	55
Ozeanien	80	63
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	49	40
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	81	72
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	27	17
Entwickelte Regionen	12	6
Transformationsländer Südosteuropas	29	17

Indikator 14

Säuglingssterblichkeitsrate^a

(je 1.000 Lebendgeburten)

	1990	2005
Welt	65	52
Entwicklungsregionen	71	57
Nordafrika	66	30
Afrika südlich der Sahara	110	99
Lateinamerika und Karibik	43	26
Ostasien	37	23
Südasien	87	62
Südostasien	53	31
Westasien	53	45
Ozeanien	59	47
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	39	33
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	67	60
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	21	14
Entwickelte Regionen	10	5
Transformationsländer Südosteuropas	25	14

^a Unter 1 Jahr.

Indikator 15

Anteil der einjährigen Kinder, die gegen Masern geimpft wurden^a

(Prozent)

	1990	2005
Welt	73	77
Entwicklungsregionen	71	75
Nordafrika	85	95
Afrika südlich der Sahara	57	64
Lateinamerika und Karibik	76	92
Ostasien ^b	98	87
Südasien	57	65

	1990	2005
Südostasien	72	80
Westasien	80	91
Ozeanien	70	63
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	85	98
Entwickelte Regionen	84	93
Transformationsländer Südosteuropas	93	96

^a Kinder im Alter von 12 bis 23 Monaten, die mindestens eine Dosis Masernimpfstoff erhalten haben.

^b Der verzeichnete Rückgang ist zum größten Teil darauf zurückzuführen, dass in China zwischen 1990 und 2005 unterschiedliche Methoden zur Ermittlung des Anteils der geimpften Kinder verwendet wurden.

Ziel 5 Verbesserung der Gesundheit von Müttern

Zielvorgabe 6 Zwischen 1990 und 2015 die Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel senken

Indikator 16 Müttersterblichkeitsrate^a

(Neue globale oder regionale Angaben liegen nicht vor. Die Daten sind dem Bericht von 2005 entnommen.)

	2000
Welt	400
Entwicklungsregionen	450
Nordafrika	130
Afrika südlich der Sahara	920
Lateinamerika und Karibik	190
Ostasien	55
Südasien	540
Südostasien	210
Westasien	190
Ozeanien	240
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	68
Entwickelte Regionen	14

^a Sterbefälle von Müttern je 100.000 Lebendgeburten.

Indikator 17 Anteil der Geburten, die von medizinischem Fachpersonal betreut werden

(Prozent)

	1990	2005
Welt	47	59
Entwicklungsregionen	43	57

	<i>1990</i>	<i>2005</i>
Nordafrika	40	75
Afrika südlich der Sahara	42	45
Lateinamerika und Karibik	72	89
Ostasien	51	83
Südasiens	30	38
Südostasien	38	68
Westasien	60	66
Ozeanien	-	-
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	99	98
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	97	93
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	99	99
Entwickelte Regionen	-	-

Ziel 6
Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krank-
heiten

Zielvorgabe 7

Indikator 19b

15- bis 24-Jährige mit umfassendem und richtigem Wissen über HIV/Aids (1999-2005)^a

	<i>Frauen</i>		<i>Männer</i>	
	<i>Zahl der erfassten Länder</i>	<i>Prozentsatz derjenigen, die ein Kondom verwendeten</i>	<i>Zahl der erfassten Länder</i>	<i>Prozentsatz derjenigen, die ein Kondom verwendeten</i>
Afrika südlich der Sahara	35	24	20	31
Südasien	1	21	1	17
Südostasien	3	18	-	-
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	5	6	-	-

^a Prozentsatz der jungen Frauen und Männer, die die beiden wichtigsten Wege zur Verhütung der sexuellen Übertragung des HIV richtig benennen (Kondomverwendung und Beschränkung des Geschlechtsverkehrs auf einen treuen, nicht infizierten Partner), zwei verbreitete örtliche Fehlvorstellungen ablehnen und wissen, dass eine gesund wirkende Person das HI-Virus übertragen kann. Die Angaben beziehen sich auf das letzte Jahr, für das im genannten Zeitraum Daten vorliegen.

Indikator 20

Verhältnis der Schulbesuchsquote von Waisenkindern (im Alter von 10-14 Jahren) zur Schulbesuchsquote von Nichtwaisen (1995-2005)^a

	<i>Zahl der Länder mit Daten</i>	<i>Verhältnis der Schulbesuchsquote</i>
Afrika südlich der Sahara	37	0,84

^a Verhältnis der derzeitigen Schulbesuchsquote von Kindern, deren biologische Eltern verstorben sind, zu der derzeitigen Schulbesuchsquote von Kindern, deren Eltern beide noch leben und die derzeit bei mindestens einem biologischen Elternteil leben. Die Angaben beziehen sich auf das letzte Jahr, für das im genannten Zeitraum Daten vorliegen.

Zielvorgabe 8**Bis 2015 die Ausbreitung von Malaria und anderen schweren Krankheiten zum Stillstand bringen und allmählich umkehren**

Indikator 21

Malariainzidenz und Malariasterblichkeit

b) Prozentsatz der Kinder unter 5 Jahren mit Fieber, die mit Medikamenten gegen Malaria behandelt werden (2000-2006)

Entwickelte Regionen (46 Länder)	22
Afrika südlich der Sahara (36 Länder)	40
Südasien (1 Land: Indien)	12
Südostasien (5 Länder)	2

Indikator 23

Tuberkuloseinzidenz, -prävalenz und -sterblichkeit (je 100.000 Personen)^a

a) Inzidenz (Zahl neuer Fälle)

	1990	2000	2005
Welt	121	127	127
Entwicklungsregionen	148	150	149
Nordafrika	54	50	44
Afrika südlich der Sahara	148	253	281
Lateinamerika und Karibik	100	68	57
Ostasien	116	106	101
Südasien	171	165	162
Südostasien	272	231	215
Westasien	54	44	39
Ozeanien	201	186	179
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	51	111	109
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	60	104	116

	1990	2000	2005
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	100	139	140
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	78	171	136
Entwickelte Regionen	31	22	16
Transformationsländer Südosteuropas	102	123	88

c) Sterbefälle

	1990	2000	2005
Welt	27	26	21
Entwicklungsregionen	34	31	25
Nordafrika	5	4	3
Afrika südlich der Sahara	37	54	55
Lateinamerika und Karibik	15	10	8
Ostasien	24	20	15
Südasiens	44	40	29
Südostasien	66	46	33
Westasien	8	6	6
Ozeanien	52	41	32
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	9	18	17
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	10	15	17
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	9	19	17
Entwickelte Regionen	3	2	2
Transformationsländer Südosteuropas	9	11	11

^a HIV-Infizierte nicht eingeschlossen.

Indikator 24

Im Rahmen der direkt überwachten Kurzzeittherapie (Directly Observed Therapy Short Course – DOTS) entdeckte und geheilte Tuberkulosefälle

a) Im Rahmen der DOTS entdeckte neue Fälle

(entdeckte abstrichpositive Fälle (Prozent))

	2000	2005
Welt	28	60
Entwicklungsregionen	29	61
Nordafrika	84	92
Afrika südlich der Sahara	36	49
Lateinamerika und Karibik	43	64
Ostasien	30	78
Südasiens	15	58
Südostasien	39	73
Westasien	34	31
Ozeanien	12	26

	2000	2005
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	11	32
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	36	51
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	3	25
Entwickelte Regionen	22	55
Transformationsländer Südosteuropas	13	81

b) Im Rahmen der DOTS erfolgreich behandelte Fälle

(Prozent)

	2000	2004
Welt	82	84
Entwicklungsregionen	82	84
Nordafrika	88	84
Afrika südlich der Sahara	72	74
Lateinamerika und Karibik	81	82
Ostasien	94	93
Südasien	83	86
Südostasien	86	87
Westasien	80	83
Ozeanien	76	73
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	76	70
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	78	75
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	68	62
Entwickelte Regionen	76	68
Transformationsländer Südosteuropas	85	83

	1990	2000	2005
Lateinamerika und Karibik	49,9	47,2	46,0
Karibik	23,4	24,9	26,1
Lateinamerika	50,3	47,5	46,3
Ostasien	16,5	18,1	19,8
Südasien	14,0	14,3	14,2
Südostasien	56,3	49,9	46,8
Westasien	3,3	3,4	3,5
Ozeanien	68,3	65,0	63,4
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	38,6	38,7	38,6
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	3,9	3,9	3,9
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	46,6	46,7	46,7
Entwickelte Regionen	30,4	30,7	30,8

Indikator 26

Anteil der Land- und Meeresschutzgebiete^a

(Schutzgebiete in Prozent der Gesamtfläche)

	1990	2000	2006	Gesamt ^b
Welt	6,4	8,7	9,4	11,6
Entwicklungsregionen	6,9	9,7	10,4	14,4
Nordafrika	2,6	3,4	3,8	4,1
Afrika südlich der Sahara	8,6	9,1	9,4	12,9
Lateinamerika und Karibik	9,2	13,3	14,5	21,2
Ostasien	7,2	10,2	11,2	16,5
Südasien	4,6	5,4	5,7	5,9
Südostasien	4,2	7,1	7,9	11,0
Westasien ^c	3,8	18,1	18,2	18,3
Ozeanien	0,5	1,2	1,3	3,7
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	1,8	3,1	3,1	11,9
Entwickelte Regionen	10,0	12,3	13,8	15,1
Am wenigsten entwickelte Länder	7,5	8,4	8,5	11,0
Binnenentwicklungsländer	8,3	10,9	11,0	12,3
Kleine Inselentwicklungsländer	3,4	15,2	15,3	17,3

^a Die Verhältnisangaben wurden mit neuen Daten zur Gesamtfläche errechnet und sind daher nicht mit den Angaben in früheren statistischen Anhängen vergleichbar.

^b Enthält erklärte Schutzgebiete mit unbekanntem Jahr der Errichtung bis einschließlich 2006.

^c Die Zunahme der Zahlen für die Jahre 2000 und 2006 ist auf die Errichtung eines neuen großen Schutzgebiets in Saudi-Arabien im Jahr 1994 zurückzuführen.

Indikator 27

Energieverbrauch je 1.000 Dollar Bruttoinlandsprodukt (Kaufkraftparität)

(Keine Angaben. Siehe Anmerkungen am Ende.)

Indikator 28

Kohlendioxidemissionen und Verbrauch ozonabbauender Stoffe

a) Kohlendioxidemissionen^a

	<i>Insgesamt (Millionen Tonnen)</i>		<i>Pro Kopf (Tonnen)</i>	
	<i>1990</i>	<i>2004</i>	<i>1990</i>	<i>2004</i>
Welt	22.716	29.000	4,3	4,5
Entwickelte Regionen	9.657	12.496	10,3	12,4
Entwicklungsregionen	6.866	12.392	1,7	2,4
Nordafrika	227	476	1,9	3,2
Afrika südlich der Sahara	462	676	0,9	0,9
Lateinamerika und Karibik	1.095	1.430	2,5	2,6
Ostasien	2.924	5.603	2,4	4,0
Südasien	991	1.956	0,8	1,3
Südostasien	486	1.076	1,1	2,0
Westasien	675	1.166	4,9	6,1
Ozeanien	6	8	0,9	0,9
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	3.207	2.357	11,4	8,4
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	506 ^b	430	7,6	5,8
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	2 701 ^b	1.928	12,6	9,4

^b Daten für 1992.

^c Auf der Grundlage der jährlichen nationalen Emissionsinventare der Anlage-I-Länder (mit Ausnahme Belarus', der Russischen Föderation und der Ukraine, die zur Gemeinschaft Unabhängiger Staaten gehören), die dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen Bericht erstatten. Nicht-Anlage-I-Länder haben keine jährlichen Berichterstattungspflichten. Schließt Emissionen/Senken aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft nicht mit ein.

^d Die Abweichungen gegenüber früheren Berichten sind auf Änderungen im Umgang mit Datenlücken bei der Aufstellung regionaler Aggregate zurückzuführen.

Indikator 29

Anteil der Bevölkerung, der feste Brennstoffe verwendet

(Keine Angaben. Siehe Anmerkungen am Ende.)

Ziel 10

Bis 2015 den Anteil der Menschen um die Hälfte senken, die keinen nachhaltigen Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser und grundlegenden sanitären Einrichtungen haben

Indikator 30

(drei oder mehr Personen in einem Raum) und aus nicht beständigem Material gebaute Behausungen. Der prozentuale Rückgang der in Slums lebenden Bewohner ist zum größten Teil auf eine Änderung der Definition einer angemessenen Sanitärversorgung zurückzuführen. Im Jahr 2005 wurde nur ein bestimmter Anteil der Haushalte, die Grubenlatrinen nutzen, als Slumhaushalte angesehen, wohingegen 1990 und 2001 alle derartigen Haushalte zu den Slumhaushalten gezählt wurden. Diese Änderung wirkt sich in erster Linie auf die Schätzungen in denjenigen Ländern aus, in denen die Nutzung von Grubenlatrinen weiter verbreitet ist, wie etwa in Afrika südlich der Sahara.

Ziel 8

Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft

Zielvorgabe 12

Ein offenes, regelgestütztes, berechenbares und nichtdiskriminierendes Handels- und Finanzsystem weiterentwickeln

Dies umfasst ein Bekenntnis zu guter Regierungs- und Verwaltungsführung, Entwicklung und Armutsminderung auf nationaler und internationaler Ebene.

Zielvorgabe 13

Den besonderen Bedürfnissen der am wenigsten entwickelten Länder Rechnung tragen

Dies umfasst den zoll- und kontingentfreien Zugang für die Exportgüter der am wenigsten entwickelten Länder, ein verstärktes Schuldenerleichterungsprogramm für die hochverschuldeten armen Länder und die Streichung der bilateralen öffentlichen Schulden sowie die Gewährung großzügiger öffentlicher Entwicklungshilfe für Länder, die zur Armutsminderung entschlossen sind.

Zielvorgabe 14

Den besonderen Bedürfnissen der Binnen- und kleinen Inselentwicklungsländer Rechnung tragen (durch das Aktionsprogramm für die nachhaltige Entwicklung der kleinen Inselstaaten unter den Entwicklungsländern und die Ergebnisse der zweiundzwanzigsten Sondertagung der Generalversammlung)

Zielvorgabe 15

Die Schuldenprobleme der Entwicklungsländer durch Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene umfassend angehen und so die Schulden langfristig tragbar machen

a) Jährliche Zahlungen insgesamt

(Milliarden US-Dollar)

1990 2002 2003 2004 2005 200660

Indikator 37

Von den kleinen Inselentwicklungsländern erhaltene öffentliche Entwicklungshilfe in Prozent ihres Bruttonationaleinkommens

	1990	2003	2004	2005
Prozent	2,7	2,8	2,8	3,0
Milliarden US-Dollar	2,1	1,7	2,0	2,5

Marktzugang

Indikator 38

Zollfreie Einfuhren der entwickelten Länder aus den Entwicklungsländern und den am wenigsten entwickelten Ländern (nach dem Importwert)

(Prozent)

	1996	1998	2000	2002	2005
a) ohne Rüstungsgüter					
Entwicklungsländer	53	54	63	66	76
Am wenigsten entwickelte Länder	68	81	75	75	82
b) ohne Rüstungsgüter und Erdöl					
Entwicklungsländer	54	54	65	68	75
Am wenigsten entwickelte Länder	78	78	70	70	79

Indikator 39

Von den entwickelten Ländern erhobene Durchschnittszölle für Agrarprodukte, Textilien und Bekleidung aus den Entwicklungsländern

(Prozent)

	1996	1998	2000	2002	2005
a) Agrarprodukte					
Entwicklungsländer	10,6	10,0	9,4	9,5	8,9
Am wenigsten entwickelte Länder	4,0	3,7	3,7	2,8	3,1
b) Textilien					
Entwicklungsländer	7,3	7,0	6,6	6,0	5,3
Am wenigsten entwickelte Länder	4,5	4,3	4,0	3,8	3,2
c) Bekleidung					
Entwicklungsländer	11,4	11,2	10,8	10,7	8,9
Am wenigsten entwickelte Länder	8,1	8,0	7,8	8,1	6,6

Indikator 44
Schuldendienst in Prozent der Exporterlöse für Güter und Dienstleistungen

	1990	2000	2005
Entwicklungsregionen	18,5	12,7	7,4
Nordafrika	39,8	17,1	10,5
Afrika südlich der Sahara	11,8	9,2	7,1
Lateinamerika und Karibik	20,6	21,7	14,5
Ostasien	10,5	5,1	1,0
Südasien	17,7	13,7	8,7
Südostasien	16,3	6,5	5,0
Westasien	23,9	15,5	16,4
Ozeanien	14,0	6,8	4,8
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	3,7 ^a	8,4	8,9
Transformationsländer Südosteuropas	7,8	11,8	9,0
Am wenigsten entwickelte Länder	17,7	10,9	6,5

^a Daten für 1994.

Zielvorgabe 16

In Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern Strategien zur Beschaffung menschenwürdiger und produktiver Arbeit für junge Men-

b) **Nach Geschlecht**

	1995		2000		2006 ^a	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Welt	12,4	12,1	13,4	13,5	13,5	13,7
Nordafrika	29,6	40,3	28,6	39,0	26,0	38,9
Afrika südlich der Sahara	18,3	17,1	19,3	17,9	18,9	17,5
Lateinamerika und Karibik	12,5	18,0	13,6	20,5	13,3	20,9
Ostasien	8,1	5,8	9,3	6,6	8,6	6,2
Südasiens	10,3	11,9	10,8	13,4	10,5	12,3
Südostasien	9,6	10,0	12,7	13,0	17,8	18,2
Westasien	19,2	19,2	18,4	20,7	21,5	25,8
Ozeanien	8,4	7,7	7,8	7,1	6,9	6,3
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	19,6	20,1	20,6	22,1	15,9	18,7
Entwickelte Regionen	15,5	16,2	13,7	13,5	13,9	12,6

^a Vorläufige Daten.

Indikator 45a

Verhältnis der Arbeitslosenquote bei Jugendlichen zur Arbeitslosenquote bei Erwachsenen

	1995	2000	2006 ^a
Welt	2,9	3,1	3,1
Nordafrika	3,3	3,2	3,4
Afrika südlich der Sahara	3,6	3,2	3,2
Lateinamerika und Karibik	2,7	2,8	2,9
Ostasien	2,8	2,7	2,7
Südasiens	3,6	4,0	2,9
Südostasien	4,5	5,1	5,2
Westasien	3,1	3,0	2,8
Ozeanien	3,8	3,7	3,8
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	2,6	2,5	2,4
Entwickelte Regionen	2,4	2,4	2,4

^a Vorläufige Daten.

Indikator 45b

Anteil der arbeitslosen Jugendlichen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen

(Prozent)

	1995	2000	2006 ^a
Welt	46,4	45,4	44,2
Nordafrika	53,5	52,0	49,4
Afrika südlich der Sahara	62,8	60,0	60,7

Zielvorgabe 18
In Zusammenarbeit mit dem Privatsektor dafür sorgen, dass die Vorteile der neuen Technologien, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien, genutzt werden können

Indikator 47
Telefonanschlüsse und Mobilfunkteilnehmer

a) Festnetzanschlüsse

(je 100 Personen)

	<i>1990</i>	<i>2005</i>
Welt	9,9	19,4
Entwicklungsregionen	3,1	13,7
Nordafrika	2,9	10,7
Afrika südlich der Sahara	1,0	1,5
Lateinamerika und Karibik	6,3	17,7
Ostasien	2,4	27,7
Südasien	0,7	5,0
Südostasien	1,3	8,2
Westasien	9,8	18,1
Ozeanien	3,4	4,3
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	12,4	23,1
Transformationsländer Südosteuropas	13,8	24,3
Entwickelte Regionen	44,2	52,4
Am wenigsten entwickelte Länder	0,3	0,9
Binnenentwicklungsländer	2,3	3,0
Kleine Inselentwicklungsländer	7,1	12,6

b) Mobilfunkteilnehmer

(je 100 Personen)

1990 *2005*

1990

2005

Anmerkungen

Sofern nichts anderes angegeben ist, handelt es sich bei den Regionalgruppen um die geografischen Regionen der Vereinten Nationen, mit Anpassungen, die notwendig waren, um für Analyse- und Darstellungszwecke möglichst homogene Ländergruppen herzustellen. Die für die Berichterstattung 2007 über die Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele verwendete Zusammensetzung der Regionen kann in Englisch unter <http://mdgs.un.org> unter „Data“ abgerufen werden.

Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) umfasst Belarus, Moldau, die Russische Föderation und die Ukraine in Europa sowie Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan and Usbekistan in Asien.

Der Begriff „entwickelte Regionen“ umfasst Europa (mit Ausnahme der GUS-Länder), Australien, Japan, Kanada, Neuseeland und die Vereinigten Staaten von Amerika. „Entwickelte Regionen“ schließt immer die europäischen Transformationsländer ein, es sei denn, diese werden in den Tabellen gesondert als „Transformationsländer Südosteuropas“ aufgeführt.

Auf ihrer 11. Tagung vereinbarte die Interinstitutionelle und Sachverständigengruppe über die Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele (MZ) die Streichung der folgenden Indikatoren aus dem MZ-Rahmen: Indikator 10 (Verhältnis der Alphabetisierungsquote der Frauen zur Alphabetisierungsquote der Männer in der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen), Indikator 27 (Energieverbrauch je 1.000 Dollar Bruttoinlandsprodukt (Kaufkraftparität)), Indikator 29 (Anteil der Bevölkerung, der feste Brennstoffe verwendet) und Indikator 48a (Zahl der Personalcomputer je 100 Einwohner).

Anhang II

Überarbeiteter Überwachungsrahmen für die Millenniums-Entwicklungsziele einschließlich neuer Zielvorgaben und Indikatoren gemäß den Empfehlungen der Interinstitutionellen und Sachverständigengruppe über die Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele

Auf dem Weltgipfel 2005 (siehe Resolution der Generalversammlung 60/1) verpflichteten sich die Führer der Welt zusätzlich zu den in der Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen (Resolution 55/2) enthaltenen Zielvorgaben auf vier neue Zielvorgaben. Die Generalversammlung nahm in ihrem Beschluss 61/504 Kenntnis von dem Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Vereinten Nationen, in dem der Generalsekretär die Aufnahme von vier neuen Zielvorgaben in den Zielkatalog empfahl (A/61/1, Ziff. 24).

Die technischen Arbeiten zur Auswahl geeigneter Indikatoren für die neuen Zielvorgaben wurden von der Interinstitutionellen und Sachverständigengruppe über die Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele durchgeführt und von der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten koordiniert. Die Gruppe hat den Auftrag, Statistiken und Trendanalysen im Hinblick auf die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele zu erstellen und Methoden und technische Fragen in Bezug auf die Indikatoren zu prüfen.

Die Neuformulierung des Überwachungsrahmens einschließlich der neuen Zielvorgaben und zugehörigen Indikatoren gemäß den Empfehlungen der Interinstitutionellen und Sachverständigengruppe ist nachstehend dargestellt.

Wo dies von Belang ist, werden Indikatoren nach Geschlecht und nach städtischen und ländlichen Gebieten getrennt berechnet.

Millenniums-Entwicklungsziele

Ziele und Zielvorgaben*
(aus der Millenniums-Erklärung)

Indikatoren für die Fortschrittsüberwachung*

Ziel 1: Beseitigung der extremen Armut und des Hungers

Zielvorgabe 1: Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, deren Einkommen weniger als 1 Dollar pro Tag beträgt

1. Anteil der Bevölkerung mit weniger als 1 Dollar Kaufkraftparität (KKP) pro Tag^a
2. Armutslücken-Verhältnis
3. Anteil des ärmsten Fünftels am nationalen Konsum

Produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle, namentlich für Frauen und junge Menschen, schaffen

- BIP-Wachstumsrate pro beschäftigte Person
- Verhältnis Beschäftigtenzahl/Bevölkerungszahl
- Anteil der Beschäftigten mit weniger als 1 Dollar Kaufkraftparität (KKP) pro Tag
- Anteil der Selbständigen und mitarbeitenden Familienangehörigen an der Gesamtzahl der Beschäftigten

Millenniums-Entwicklungsziele

Ziele und Zielvorgaben* (aus der Millenniums-Erklärung)	Indikatoren für die Fortschrittsüberwachung*
Zielvorgabe 2: Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, die Hunger leiden	4. Anteil der untergewichtigen Kinder unter fünf Jahren 5. Bevölkerung, bei der die Kalorienzufuhr unter der notwendigen Mindestmenge liegt
Ziel 2: Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung	
Zielvorgabe 3: Bis zum Jahr 2015 sicherstellen, dass Kinder in der ganzen Welt, Jungen wie Mädchen, eine Grundschulbildung vollständig abschließen können	6. Nettoeinschulungsquote im Grundschulbereich 7. Anteil der Grundschulanfänger, die die letzte Klassenstufe der Grundschule erreichen** 8. Alphabetenquote bei den 15- bis 24-jährigen Frauen und Männern**
Ziel 3: Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frau	
Zielvorgabe 4: Das Geschlechtergefälle in der Grund- und Sekundarschulbildung beseitigen, vorzugsweise bis 2005 und auf allen Bildungsebenen bis spätestens 2015	9. Verhältnis Mädchen/Jungen in der Grund- und Sekundarstufe und im tertiären Bildungsbereich 10. (gestrichen) ^b 11. Anteil der Frauen an den unselbständig Erwerbstätigen im nichtlandwirtschaftlichen Sektor 12. Sitzanteil der Frauen in nationalen Parlamenten
Ziel 4: Senkung der Kindersterblichkeit	
Zielvorgabe 5: Zwischen 1990 und 2015 die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren um zwei Drittel senken	13. Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren 14. Säuglingssterblichkeitsrate 15. Anteil der einjährigen Kinder, die gegen Masern geimpft wurden
Ziel 5: Verbesserung der Gesundheit von Müttern	
Zielvorgabe 6: Zwischen 1990 und 2015 die Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel senken	16. Müttersterblichkeitsrate 17. Anteil der Geburten, die von medizinischem Fachpersonal betreut werden 19c. Verwendungsrate von Verhütungsmitteln ^c
Bis 2015 allgemeinen Zugang zu Diensten der reproduktiven Gesundheit sicherstellen	Geburtenrate bei Jugendlichen Deckungsgrad bei der Schwangerenbetreuung (mindestens ein Besuch und mindestens vier Besuche) Ungedeckter Bedarf an Familienplanungsdiensten

 Millenniums-Entwicklungsziele

 Ziele und Zielvorgaben*
 (aus der Millenniums-Erklärung)

 Indikatoren für die Fortschrittsüberwachung*

Ziel 6: Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten

Zielvorgabe 7: Bis 2015 die Ausbreitung von HIV/Aids zum Stillstand bringen und allmählich umkehren

18. HIV-Prävalenz bei den 15- bis 24-Jährigen

19a. Kondombenutzung beim letzten risikoreichen Geschlechtsverkehr

19b. Anteil der 15- bis 24-Jährigen mit umfassendem und richtigem Wissen über HIV/Aids

20. Verhältnis der Schulbesuchsquote von Waisenkindern im Alter von 10-14 Jahren zur Schulbesuchsquote von Nichtwaisen

Bis 2010 allgemeinen Zugang zu HIV/Aids-Behandlung für alle Behandlungsbedürftigen sicherstellen

Anteil der Menschen mit fortgeschrittener HIV-Infektion mit Zugang zu antiretroviralen Medikamenten

Zielvorgabe 8: Bis 2015 die Ausbreitung von Malaria und anderen schweren Krankheiten zum Stillstand brin-

Millenniums-Entwicklungsziele

Ziele und Zielvorgaben*
(aus der Millenniums-Erklärung)

Indikatoren für die Fortschrittsüberwachung*

Zielvorgabe 10: Bis 2015 den Anteil der Menschen um die Hälfte senken, die keinen nachhaltigen Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser und grundlegenden sanitären Einrichtungen haben

30. Anteil der Menschen, die eine bessere Trinkwasserquelle nutzen**

31. Anteil der Menschen, die eine bessere sanitäre Einrichtung nutzen**

Zielvorgabe 11: Bis 2020 eine erhebliche Verbesserung der Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern herbeiführen

32. Anteil der Menschen, die eine bessere sanitäre Einrichtung nutzen^{f**}

Ziel 8: Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft

Zielvorgabe 12: Ein offenes, regelgestütztes, berechenbares und nichtdiskriminierendes Handels- und Finanzsystem weiterentwickeln

Dies umfasst ein Bekenntnis zu guter Regierungs- und Verwaltungsführung, Entwicklung und Armutsminderung auf nationaler und internationaler Ebene

Zielvorgabe 13: Den besonderen Bedürfnissen der am wenigsten entwickelten Länder Rechnung tragen

Dies umfasst den zoll- und kontingentfreien Zugang für

6(Eb)-4.5(r)-4.5(n)- S.4uld6(Eb)-4.5(r)-4.5(n)- sow.55()12.0diEbG.55()1e.8(f)w.55()1ä.5(r)-hw[(.8(-)]TJT*-0.0011 Tc8.2036 T(rung)-

Millenniums-Entwicklungsziele

*Ziele und Zielvorgaben**
*(aus der Millenniums-Erklärung)**Indikatoren für die Fortschrittsüberwachung**

-
40. Geschätzte Agrarsubventionen in den OECD-Ländern in Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts
 41. Anteil der für den Aufbau der Handelskapazitäten gewährten öffentlichen Entwicklungshilfe

Schuldentragfähigkeit

42. Gesamtzahl der Länder, die ihren Entscheidungspunkt im Rahmen der Initiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC) 4.9(er)-e füo(Heit